BMI

Öffnung von Verwaltungsdaten

[26.01.2016] Weil eine Studie gezeigt hat, dass die Nachfrage nach öffentlichen Daten der Bundesverwaltung zugenommen hat, will das Bundesinnenministerium den Zugang zu den Datenbeständen erleichtern.

Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat die Untersuchung Auswirkungen der Abgabe von Daten gegen Geldleistungen in der Verwaltung des Potsdam Institute for eGovernment veröffentlicht. Klaus Vitt, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik, erklärt hierzu: „Die Studie zeigt, dass die Bereitstellung und Nachfrage nach öffentlichen Daten der Bundesverwaltung in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen hat.“ Insbesondere die geldleistungsfreie Veröffentlichung als Open Data spiele dabei eine wachsende Rolle. Weiter sagt Vitt: „Wir werden dafür sorgen, dass die öffentlich finanzierte Dateninfrastruktur künftig noch besser genutzt werden kann.“ Die Studie ist laut BMI eine der Maßnahmen, die der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der Open Data Charta der G8 vorsieht. Er zielt darauf ab, eine breite Öffnung von Verwaltungsdaten zu verwirklichen.

(an)

Zum Download der Studie (PDF, 1 MB)

Stichwörter: Open Government, BMI, Klaus Vitt, Potsdam Institute for eGovernment, Politik